



Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel

Erscheint werktäglich. Für Mitglieder des Börsenvereins ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag eingeschlossen, weitere Exemplare zum eigenen Gebrauch kosten je 30 Mark jährlich frei Geschäftsstelle oder 36 Mark bei Postüberweisung innerhalb des Deutschen Reiches. Nichtmitglieder im Deutschen Reich zahlen für jedes Exemplar 30 Mark bez. 36 Mark jährlich. Nach dem Ausland erfolgt Lieferung über Leipzig oder durch Kreuzband, an Nichtmitglieder in diesem Falle gegen 5 Mark Zuschlag für jedes Exemplar.

Die ganze Seite umfaßt 360 viergespaltene Pettizellen, die Zeile oder deren Raum kostet 60 Pfennige; Mitglieder des Börsenvereins zahlen für eigene Anzeigen 20 Pfennige für die Zeile, für $\frac{1}{2}$ S. 34 M. Stellengesuche werden mit 20 Pf. die Zeile berechnet. In dem illustrierten Teil: für Mitglieder des Börsenvereins die viergespaltene Pettizelle oder deren Raum 30 Pfennige, $\frac{1}{4}$ S. 21 M., $\frac{1}{2}$ S. 52 M., für Nichtmitglieder 80 Pf., 64 M., 120 M. Beilagen werden nicht angenommen. - Weideseitiger Erfüllungsort ist Leipzig.

Eigentum des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig

Nr. 72 (N. 35).

Leipzig, Mittwoch den 27. März 1918.

85. Jahrgang.

Redaktioneller Teil.

Die Einkaufsgesellschaft deutscher Verleger.

Eine notwendige Kriegsorganisation.

Vorschläge von Paul Ebel, Berlin.

Der nachstehende Aufsatz ist uns in dankenswerter Weise vom Vorstand des Deutschen Verlegervereins zum Abdruck im Börsenblatt überwiesen worden. Nach Mitteilungen von derselben Seite hat man sich in den Kreisen des Deutschen Verlegervereins bereits seit einiger Zeit mit der Gründung einer Einkaufsgesellschaft oder der Beteiligung an einer solchen beschäftigt. Sobald die Vorarbeiten abgeschlossen sind, soll den Interessenten Näheres bekanntgegeben werden. Es wäre jedoch schon jetzt erwünscht, wenn sich recht zahlreiche Verlagsbuchhandlungen grundsätzlich bereit erklären würden, der Einkaufsgesellschaft beizutreten. Die Redaktion bittet, ihr Zustimmungserklärungen zukommen zu lassen.

Die Herstellungspreise für Bücher und Zeitschriften haben mit der Dauer des Krieges eine ungeahnte Höhe erreicht, und immer aufs neue bringt jeder neue Auftrag weitere Steigerungen, gleichgültig, ob es sich um die Drucker-, Buchbinder- oder Papierrechnungen handelt. Beispiele hierzu sind überflüssig; jeder Verleger erlebt sie täglich in seinem Betriebe. Selbstverständlich wäre es unbillig, dem Lieferanten zuzumuten, die tatsächlichen Mehrkosten, die der Krieg durch die Erhöhung der Löhne und aller Rohstoffe gebracht hat, aus eigener Tasche zu bezahlen. Es muß aber dagegen Stellung genommen werden, daß nicht nur Kriegsaufschläge über die Höhe der tatsächlichen Mehrkosten hinaus, sondern unter Ausnutzung der gegenwärtigen Notlage der Verleger jetzt sogar Erhöhungen der Friedenspreise durchgedrückt werden.

Anfang Mai 1917 gab der Hauptvorstand des Deutschen Buchdruckervereins bekannt, daß sich ein Preisaufschlag von 50% für Satz und Druck »für alle Drucksachenverbraucher« erforderlich mache. Gleichzeitig forderten z. B. die »Tariftreuen Buchdruckereien Berlins« durch Rundschreiben von ihren Auftraggebern für Satz und Druck von Werken und Zeitschriften, soweit es sich um laufende Lieferungen handelt, nur 33½%, bei neuen Aufträgen 40%. Diese Verschiedenheit gibt zu denken: gerade die tariftreuen Buchdruckereien der Stadt mit den höchsten Arbeitslöhnen und den höchsten allgemeinen Geschäftskosten lassen für ihre Hauptkunden und umfangreichsten Arbeiten von vornherein 10-16% von dem nach, was der Hauptvorstand für erforderlich hält! Im November 1917 führt dann auch der Hauptvorstand für die verschiedenen Auftraggeber verschieden hohe Zuschläge ein, nämlich 80-140 Prozent. Es sind keine Tatsachen ersichtlich, daß diese Forderung schärfer berechnet worden wäre als die vorangegangene. Der generelle Aufschlag von 80-140% auf die Friedenspreise bedeutet aber zugleich auch eine Steigerung des bisherigen

Reingewinnes in gleicher Höhe, was nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts unstatthaft, ja strafbar ist. *)

Im Buchbindereiwesen sind die Aufschläge prozentual noch sehr viel höher; sie lassen sich ziffernmäßig im allgemeinen nur schwerer nachweisen, weil die Preise für die Rohstoffe sich der unmittelbaren Nachprüfung entziehen. Fest steht, daß für reine Lohnarbeiten, wie Einhängen von Werken in vorhandene Decken, Preiserhöhungen von 400% und mehr gefordert und bewilligt wurden, weil eben dem Verleger gegenwärtig nichts anderes übrig bleibt, wenn er nicht seinen Betrieb schließen will. Auch mit vorhandenen Vederbeständen ist von den Buchbindern in beispielloser Weise gewuchert worden.

Die Papierkriegspreise, um auch diese kurz zu berühren, sind so ungeheuer, daß es schwer ist, darüber keine Satire zu schreiben. Dabei hat uns die Regierung wissen lassen, daß für die Festsetzung von Höchstpreisen für Zellulose kein Anlaß vorliege, da diese von den Zellulosefabriken den Papierfabriken zu billigen Preisen geliefert würde. Die Preistreiberereien bleiben also an den Papierfabriken und -Händlern hängen; ihr Ergebnis geht auch aus den günstigen Bilanzen der Aktiengesellschaften klar hervor. In Berlin ist es z. B. ein offenes Geheimnis, daß einzelne Großhändler ihre ältesten Bestände geradezu in Gold verwandelt haben.

So haben sich überall Preise herausgebildet, die einen trostlosen Ausblick auf die Zukunft eröffnen. Es wäre eine arge Selbsttäuschung, anzunehmen, daß der Friede von selbst andere Verhältnisse bringen werde und ein selbsttätiger Abbau der Preise eintreten müsse. Im Gegenteil! Dem Krieg wird in den graphischen Gewerben eine lange Zeit der Hochkonjunktur folgen, die ein noch stärkeres Anziehen der Preise im Gefolge haben kann, wenn nicht der Verlagsbuchhandel rechtzeitig sich rührt und zur Selbsthilfe schreitet.

Gegenwärtig ist das Buch beinahe die einzige Ware, die ohne Bezugschein allen Kreisen zur Verfügung steht. Daher der große Umsatz in den letzten Monaten, sodaß eine Unzahl von Werken vergriffen ist. Nur ein Bruchteil davon konnte und kann im Kriege neu aufgelegt werden. Nach dem Frieden muß jeder Verleger darnach trachten, das Versäumte nachzuholen. Dazu kommen die gewaltigen Anforderungen, die Handel, Industrie und Gewerbe an Buchdruckereien, Papierfabriken usw.

*) Wie ungerechtfertigt die allgemeine Erhöhung der Druckpreise ist, geht aus einer amtlichen Veröffentlichung hervor, die gerade in diesen Tagen erfolgt ist. Im Bericht des Großherzoglich Badischen Gewerbeaufsichtsamts vom 22. Januar 1918 heißt es in einer Zusammenstellung der Löhne: »Eine große Buchdruckerei des Oberlandes zahlt den Arbeiterinnen bei 11 Stunden Arbeitszeit 3-3.50 Mark, ja sogar einzelnen 1.80 Mark täglich einschließlich aller Zuschläge. (Beil. Nr. 12 z. Protokoll der 27. öffentl. Sitzung der II. Badischen Kammer v. 19. Febr. 1918, S. 5.)